

Meinungen  
und Informationen  
aus dem  
Evangelischen  
Arbeitskreis  
der CDU/CSU

November 1978

# Evangelische Verantwortung

Heft 11/1978

## Gedanken zur Bewältigung unserer Vergangenheit

Lieber Leser!

In der letzten Nummer der „Evangelischen Verantwortung“ hat sich Pastor Dr. Laube eingehend und überzeugend mit den theologischen Aspekten des „Falles Filbinger“ auseinandergesetzt, der damals – wie erinnerlich – noch hohe Wellen schlug. Heute will ich einiges darlegen, was über den konkreten Fall hinausgeht und was vor allem deshalb ausgesprochen werden muß, weil die Art von „Bewältigung der Vergangenheit“, die wir uns in den letzten Jahren haben aufdrängen lassen, allmählich nicht mehr nur ärgerlich, sondern in hohem Maße gefährlich ist.

Ich habe nie zu denen gehört, die meinten, daß das deutsche Volk eigentlich gar keine Vergangenheit zu bewältigen habe. Daran ändern auch die Verbrechen nichts, die im Namen anderer Völker begangen worden sind; denn mit seiner Geschichte und ihrer Last hat ein Volk auch dann fertig zu werden, wenn andere, die ähnlich darstehen, dies nicht versuchen.

Aber meine Vorstellung von einer wirklichen Bewältigung unserer Vergangenheit unterscheidet sich prinzipiell von dem, was in Deutschland bisher dafür ausgegeben wird. Wenn immer nur der eine die Vergangenheit des anderen „bewältigt“ und wenn er ihm dabei nicht zu helfen, sondern nur ihn anzuprangern, ihn „fertigzumachen“ versucht, wird die Vergangenheit zwar immer wieder aufgerollt, aber sie wird nicht einmal im Ansatz bewältigt. Daran ändert sich auch dann nichts, wenn dabei christliche Redewendungen gebraucht werden – die Rede, die Erhard Eppler am 9. Juni 1978 im Stuttgarter Landtag zum sogenannten Fall Filbinger gehalten hat, verdient als besonders makabres Beispiel solcher Rhetorik ungeteilte Aufmerksamkeit. Noch schlimmer werden die Dinge, wenn der Ankläger das Glück hatte, nie selbst in einem totalitären System vor existentielle Entscheidungen gestellt worden zu sein. Der Schriftsteller Rolf Hochhuth, der 1931 geboren ist und bei Kriegsende folglich ganze vierzehn Jahre alt war, gehört gewiß nicht zu jenen, die das für sich in Anspruch nehmen können.

Bewältigung unserer Vergangenheit, wie ich sie verstehe und wie ich sie vor allem für notwendig halte, muß etwas ganz anderes sein: die gemeinsame Anstrengung, aus der Geschichte zu lernen und ihre Wiederholung – in welcher Form auch immer – unmöglich zu machen. Dazu bedarf es größerer und ernsthafterer Anstrengungen als der Enthüllung individueller Schuld, besonders in einer Zeit des Generationenwechsels, in der der Nationalsozialismus aufhört, erlebte Zeitgeschichte zu sein, und in der er beginnt, Geschichte zu werden.

Das ist eine unermeßlich weitgesteckte Aufgabe, die in einem enggedrängten Artikel wie dem vorliegenden nicht annähernd beschrieben werden kann. Immerhin seien folgende Gesichtspunkte angeführt:

1. Die Wirklichkeit eines totalitären Regimes muß den Menschen, die sie selbst nie erlebt oder die sie verdrängt haben, immer wieder vor Augen geführt werden. Das erschöpft sich nicht in Berichten über KZ-Greuel und Judenvernichtung, schon deshalb nicht, weil gerade der junge Mensch leicht der Versuchung erliegt zu glauben, daß er von solchen Verbrechen selbst verschont geblieben wäre. Die Bilder von Auschwitz und Buchenwald müssen also ergänzt werden durch Bilder aus dem Alltag des NS-Staates: wie einer den anderen bespitzelt und – schlimmer noch – jeder im anderen den Spitzel zu sehen glaubt, wie Mißtrauen und Argwohn die engsten menschlichen Bindungen in Frage stellen, wie Menschen über Nacht spurlos verschwinden, wie geringfügige Übertretungen (man denke an das Abhören von Auslandssendern) mit brutaler Härte, ja über die Tötung des „Täters“ hinaus mit der Vernichtung seiner Familie und seiner Freunde beantwortet werden usw. Nur wer diese Begleiterscheinungen des Totalitarismus kennt und sich vorstellen kann, ist imstande, die Vergangenheit zu bewältigen, indem er ihre Wiederholung verhindert.

2. Zur Wirklichkeit totalitärer Regime gehört vor allem auch, daß es kaum jemanden gibt, der sich ihrer zerstörerischen Wirkung zu entziehen vermag.

Die Unterscheidung zwischen Guten und Bösen, die ohnehin nie richtig ist, stimmt hier noch weniger. Auch das muß nachfolgenden Jahrgängen immer wieder eingehämmert werden, weil sie sonst allzuleicht glauben, ihnen könnten Fehler wie ihren Eltern und Großeltern nie passieren. Die herkömmliche „Vergangenheitsbewältigung“ mit ihrer leichtfertigen Unterscheidung zwischen Gerechten und Ungerechten ist gerade aus diesem Grunde so unmoralisch. Der sadistische Verbrecher ist auch im totalitären Staat die Ausnahme, so wie es der edle und opferbereite Widerstandskämpfer ist. Und so sicher der eine bis ans Ende seiner Tage verfolgt werden muß, der andere aber höchst ehrenwert ist, so sicher ist es doch auch, daß sich der normale Mensch im totalen Staat anders darstellt: als der Mitläufer, der gutgläubig für hohe Ideale einzutreten glaubt – als der Opportunist, der mit den Wölfen heult, um beruflich zu avancieren – als der Redliche, der nur „das Schlimmste verhüten will“ (und oft vielleicht auch verhütet) und der dabei um unanständige Verhaltensweisen nicht herumkommt – als der Schwache, der sich das alles nur vormacht, um damit fertig zu werden, daß er sich am Unrecht beteiligt – und wie oft kommen diese Typen im einzelnen Menschen zusammen, gehen ineinander über oder wechseln sich ab. Totale Regime erniedrigen nicht nur den Menschen, der ihnen unmittelbar zum Opfer fällt, sondern auch den, der sich ihnen zu entziehen und der sie zu überlisten sucht.

Wer die Mischung aus Sadismus und Widerstand, aus Egoismus und Opportunismus, aus Heldentum, List und Feigheit nicht begreift, die das Leben der Deutschen im NS-Staat charakterisiert, der kann den Totalitarismus nicht als persönliche Bedrohung erfahren und wird gegen ihn daher auch nicht immun sein.

3. Sodann muß jeder Bürger unseres Staates begreifen, daß sämtliche Spielarten des Totalitarismus gleich gefährlich sind, weil es nämlich nicht der Inhalt einer Ideologie, sondern ihr Absolutheitsanspruch ist, der sie zu totalitärem Gebaren und – in der Ablehnung jeder Kritik von außen – auch zu einer Politik der Menschenverachtung führt. In ihrer Grundhaltung sind sich – über alle inhaltlichen Unterschiede hinweg – Jakobinismus, Marxismus, Leninismus und Nationalsozialismus gleich, und es hilft wenig, daß Verharmloser des Marxismus-Leninismus ihm zugestehen, er wolle eigentlich eine „bessere Demokratie“, als wir sie haben (Gollwitzer, Albertz). Mag sein, daß er sie teilweise wirklich will – aber nicht nur seine Praxis ist anders, sondern auch seine Theorie steht dem in einem entscheidenden Punkt entgegen: in der anmaßenden Behauptung, der Mensch könne den Ablauf und vor allem die Ziele der Geschichte erkennen, wenn er nur zum Führungskader der kommunistischen Partei gehöre. Hier taucht wieder die Idee des absolut Richtigen auf, das einzelne Führer erkennen, und von dieser Idee ist es nur noch ein kleiner Schritt zu der Vorstellung, daß Menschen, die sich einer solchen Erkenntnis hartnäckig widersetzen, entweder zu vernichten oder zumindest als wahnsinnig zu behandeln sind. Die formale Argumentation ist hier immer wieder die gleiche, ob sie von links oder von rechts kommt. Diese Erkenntnis

fehlt in der bisherigen „Vergangenheitsbewältigung“ fast ganz. Das birgt die reale Gefahr in sich, daß unsere Jugend gegen den Totalitarismus von rechts besser gefeit ist als gegen den von links – wir haben die Folgen in der jüngsten Vergangenheit miterlebt und erleben sie immer noch.

4. Wer unsere Vergangenheit so bewältigen will, daß daraus Lehren für die Zukunft gezogen werden können, der muß sich auch über die Gründe Rechenschaft ablegen, die zum Ende der Weimarer Republik und zur Machtergreifung der NSDAP geführt haben, und auch hier reicht es wieder nicht aus, persönliches Versagen einzelner anzuprangern, so wenig es ausreicht, daß sich in dieser Frage Links und Rechts alte, formelhaft immer wieder ausgestellte Rechnungen präsentieren. Das Ende von Weimar ist nicht nur von den demokratischen Parteien verschuldet worden, aber auch von ihnen, und soweit es ihnen zur Last fällt, nicht nur von den bürgerlichen Parteien, sondern auch von den Sozialdemokraten. Aber das festzustellen kann, wie gesagt, nicht im Mittelpunkt der Betrachtung stehen. Wichtiger sind folgende Überlegungen, weil sie auch in die Zukunft weisen: Weimar ist u. a. gescheitert, weil es zwischen großen Gruppen des Volkes keinen Konsens in den Grundfragen gab – zwischen den demokratischen Grundwerten, der Diktatur des Proletariats und der Idee der „nationalen Wiedergeburt“ konnte es keine Brücke geben. Wir können daraus lernen, welche Gnade es ist, daß sich unsere großen Parteien übereinstimmend zu den Grundwerten Freiheit, Solidarität und Gleichheit bekennen. Über dem Streit um die konkrete Ausgestaltung dieser Werte darf ihre einende Kraft nicht vergessen werden.

Weimar ist u. a. gescheitert, weil es sich lange in einer namenlosen außerpolitischen Isolierung befand. Wir sollten daraus lernen, daß unsere Einordnung in das atlantische Bündnis und unsere Integration in das entstehende Europa bei aller Mühsamkeit der Entscheidungsvorgänge lebenswichtig sind. Das gilt vor allem auch für das atlantische Bündnis, dem oft leichtfertig vorgeworfen wird, es sei „nur“ auf das Militärische fixiert. Das braucht nicht so zu sein: die Amerikaner haben oft genug gemeinsame moralische Ziele des Bündnisses gefordert, nur von uns Europäern ist bisher keine rechte Antwort gekommen – selbst die Menschenrechtsoffensive von Präsident Carter hat keine dauernde Resonanz ausgelöst. Warum? Was ist eigentlich die gemeinsame Idee des Westens, was haben wir der unvermindert rollenden ideologischen Offensive des Ostens entgegenzusetzen wenn nicht unsere Idee der Humanität, kurz: die Menschenrechte?

Weimar ist u. a. an seiner Armut zugrundegegangen. Wir sollten daraus lernen, welches Glück der Wohlstand ist, in dem wir leben dürfen. Mit dieser Feststellung soll weder über das Wohlstandsgefälle zwischen Nord und Süd noch über die Wohlstands-exzesse unserer Gesellschaft leichtfertig hinweggegangen werden.

Aber es darf eben auch nicht vergessen werden, daß Wohlstand zunächst einmal eine gute Gabe ist, und dies nicht nur, weil er jedem einzelnen von uns ein freies Leben sichert, sondern auch, weil er der Bun-

desrepublik Deutschland Zerreißproben erspart, denen Weimar fast täglich ausgesetzt war.

Und Weimar ist auch daran zugrundegegangen, daß es nur eine liberale Demokratie war, ohne gleichzeitig streitbare Demokratie zu sein. Das Trommelfeuer, das gegenwärtig — Stichwort „Extremisten-erlaß“ — auf unsere streitbare Demokratie niedergeht, beweist die Bedeutung dieses Satzes. Ich verstehe nicht, wie Politiker und Publizisten, die sich über Einzelfälle einer gewiß unbarmherzigen Kriegsjustiz erregen können, der Einstellung extremistischer Richter — um nur dieses eine Beispiel zu nennen — so gelassen gegenüberstehen können, wie sie es tun. Denn wenn es eine Lehre aus der Geschichte Deutschlands mit dem Nationalsozialismus gibt, dann doch wohl die, daß totalitäre Weltanschauungen wie der Teufel sind, dem man nicht einmal den kleinen Finger geben darf, weil er sonst die ganze Hand nimmt. Das gilt nicht nur für Richterstellen, sondern es gilt für alle Bereiche, in denen streitbare Demokratie gefordert ist, vor allem auch für die Schulen, die ja auch schon einmal in totalitäre Brutstätten umgeschmiedet werden sollten und es zum Teil auch wurden.

Das ist unsere eigentliche Aufgabe heute: der Jugend, die den Nationalsozialismus und seine unmittelbaren Folgen nicht mehr erlebt hat und die deshalb auch die natürlichen Abwehrkräfte gegen jede Art von Totalitarismus nicht mehr besitzt, die Erfahrungen der älteren Generationen so weiterzugeben, daß sie sie auch verstehen kann und daß sie die Lehren daraus begreift.

Für uns Ältere aber muß gelten: Wenn es zutrifft, daß die tiefe Spaltung unseres Volkes, die die Jahre des Nationalsozialismus verursacht haben, der geistigen Situation entspricht, aus der Bürgerkriege entstehen, dann muß es auch richtig sein, ihr eines Tages so ein Ende zu bereiten, wie alle Bürgerkriege der Menschheitsgeschichte letztlich liquidiert worden sind: durch die Bereitschaft aller Beteiligten, nach langen Jahren der Feindschaft, des Kampfes und der Abrechnung aufeinander zuzugehen und einen Strich unter die alten Rechnungen zu machen. Nur so kann der innere Friede entstehen, ohne den Völker auf die Dauer nicht leben können.

Das haben wir im Verhältnis zu unseren westlichen Nachbarn geschafft. Das halten wir im Verhältnis zu unseren östlichen Nachbarn für richtig, obwohl wir nicht glauben, daß es durch unklare Verträge erreicht werden könnte. Warum sollten wir es im eigenen Hause nicht schaffen? Wenn alle die tönenden Worte, die wir über die Aussöhnung mit den Völkern Osteuropas gehört haben, auch auf das eigene Volk angewandt würden, müßte zumindest das Wühlen in den Archiven zu Ende sein.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Roman Herzog

## Aus unserer Arbeit

### Für geistige Auseinandersetzung mit dem Marxismus

**Berlin:** Zur verstärkten geistigen Auseinandersetzung mit dem Marxismus hat der Bundesgeschäftsführer des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Dr. Peter Egen, auf einer öffentlichen Veranstaltung des Arbeitskreises in Berlin aufgerufen. Die CDU habe mit der Kandidatur Richard von Weizsäckers für das Amt des Regierenden Bürgermeisters die besten Voraussetzungen geschaffen, um die politische Verantwortung in der Stadt nach den nächsten Wahlen zu übernehmen. Gegenüber der langjährigen politischen Flickschusterei der SPD in Berlin werde mit Richard von Weizsäcker dem Wähler eine überzeugende Alternative geboten.

Scharfe Kritik übte Peter Egen an der Arbeit des Genfer Weltkirchenrates. Immer mehr — so erklärte der EAK-Bundesgeschäftsführer — habe der Weltkirchenrat

aufgrund der Unterstützung schwarz-afrikanischer Terrororganisationen im südlichen Afrika seinen Auftrag verlassen. Der Generalsekretär des Rates, Philip Potter leide unter Führungsschwäche und sei in die Abhängigkeit einseitiger ideologischer Gruppen geraten. Der bereits in der Bundesrepublik in den Gemeinden laut werdende Ruf nach dem Austritt aus dem Weltkirchenrat könne nicht mehr überhört werden. Peter Egen forderte die evangelischen Christen in der Bundesrepublik auf, in ihren Gemeinden und Synoden Beschlüsse herbeizuführen, damit der Genfer Zentrale endgültig klar werde, daß die evangelischen Christen in der Bundesrepublik nicht bereit seien, die vom Weltkirchenrat praktizierte Politik der Gewaltunterstützung zu bejahen.

In der von dem Spandauer EAK-Vorsitzenden Dr. Wolfgang Wudtke anschließend geleiteten Diskussion wurde von mehreren Teilnehmern

gefordert, daß sich mehr evangelische CDU-Mitglieder in Zukunft für die Arbeit in den Kirchengemeinderäten zur Verfügung stellen.

## Aus dem Inhalt

Gedanken zur Bewältigung unserer Vergangenheit	1
Roman Herzog	
Aus unserer Arbeit	3/10
Politik aus christlicher Verantwortung	4
Hans Bolewski	
Termine	6
Hilferuf aus der Steiermark	7
Evangelischer Arbeitskreis der Österreichischen Volkspartei weiter aktiv	7
Der Euro-Kommunismus als „demokratischer“ Sozialismus?	8
Hans-Günther Assel	
Buchbesprechung	11
Aus den Tagungsprogrammen der Akademien	12

# Politik aus christlicher Verantwortung

## Theologische Begründungen – Praktische Beispiele

Hans Bolewski

Die Frage nach einer Politik aus christlicher Verantwortung beschäftigt uns immer wieder aufs Neue. Die Beiträge zu diesem Themenkreis von Staatssekretär Simon Nüssel (EV 9/78) sowie von Professor Martin Honecker (EV 10/78) griffen das bestehende Bedürfnis auf.

Heute nimmt in diesem Themenzyklus der ehemalige Direktor der Evangelischen Akademie Loccum, Dr. Hans Bolewski aus Hannover Stellung.

Das große und für unsere heutige politische, theologische und kirchliche Situation sehr notwendige Generalthema „Politik aus christlicher Verantwortung“ enthält drei gewichtige Wörter, die ich eingangs jedes für sich und in seinem wechselweisen Zusammenhang mit den anderen interpretieren, abklopfen möchte. Was in diesen Wörtern gesagt wird, hat ja nicht nur politischen Rang, es betrifft auch das Dasein der Kirche und in ganz besonderer Weise die Wissenschaft, deren Gegenstand unter allen menschlichen Institutionen in besonderer Weise eben diese Kirche mit allem, was dazugehört, ist, nämlich die Theologie. Ich möchte darum jeweils am Ende der kurzen Wortdeutungen eine Frage stellen, die uns das Geflecht, in dem diese drei Wörter heute für uns Bedeutung haben, gerade im Blick auf die dann zu behandelnden praktischen Beispiele, jenes Geflecht, in dem wir als einzelne wie als Gesellschaft, als Christen wie als Nichtchristen leben, verstehbar macht. Ich wähle von den drei Wörtern, Politik, christlich, Verantwortung als erstes den Begriff Politik, bei dem uns diese Verflochtenheit wohl besonders sinnfällig zu sein scheint.

Politik das wissen wir, das ist der große Bereich, von dem alles in unserem Leben abhängt, vom Schulbesuch unserer Kinder bis zu unseren Beziehungen zur DDR oder zur Dritten Welt. Politik wird in großen Organisationen und Institutionen gemacht, in den Parlamenten, in

den Parteien, in den Ministerien, Behörden, Verbänden und Gewerkschaften. Das alles ergibt einen riesigen und immer weiter wachsenden Apparat, der seine eigenen Techniken und Gesetze hat.

Politik, das wissen wir aber auch, ist heute und bei uns demokratische Politik. Wir haben Freiheiten, die sich nicht der Politik verdanken, die sozusagen vorpolitisch sind, die also für die Politik unantastbar sind: Freiheit der Berufswahl, Freiheit des Zusammenschlusses mit anderen, Freiheit der Parteibildung, Redefreiheit, Pressefreiheit, Religionsfreiheit. Wir sind wahrscheinlich auch überzeugt, daß wir im Vergleich mit vielen anderen Ländern, im Vergleich auch mit den politischen Systemen früherer Jahrhunderte über ein Höchstmaß solcher Freiheiten verfügen. Aber so selbstverständlich ist das gar nicht. Der große Apparat, von dem eben schon die Rede war, ist ja gerade die Folge eines demokratischen, eines freiheitlichen Verständnisses von Politik. Wir haben heute Freiheiten, die es früher nicht gab. Wir können z. B. die Regierung stürzen, versteht sich, mit dem Stimmzettel. Niemand zwingt uns zu einem politischen oder religiösen Bekenntnis. Wir haben öffentliche Freiheiten, die es im absolutistischen oder in zentralverwalteten Staaten jedenfalls nicht für alle gab bzw. gibt. Das bestimmt das Wesen heutiger Politik.

Aber diese Politik ist auch gekennzeichnet durch einen Verlust von Freiheiten, die bis vor kurzem noch selbstverständlich waren. Da wachen die Bürger von Wetzlar eines Morgens als Bürger von Lahn auf. Da wird ein Wohnviertel in ein Geschäftsviertel verwandelt. Da wird den Eltern die Wahl einer bestimmten Schulform oder eines bestimmten Erziehungsstils versagt. Da vernimmt man eines Tages über die sogenannten Medien, daß man ein ganz unfähiges, unnützes, im Grunde sogar überflüssiges Glied der Gesellschaft sei, und man ist solchen Instanzen gegenüber nicht

weniger ohnmächtig wie der zum Ketzer Gestempelte gegenüber der Inquisition im Mittelalter. In den letzten hundert Jahren hat nämlich eine wichtige Verschiebung stattgefunden. Aus den tapferen Individuen von gestern, für die die wichtigsten heute geltenden demokratischen Freiheiten durchgesetzt wurden, den Kaufmann, den Lehrer, den Schriftsteller, den Journalisten, sind heute oft sogar anonyme Instanzen von schier unabsehbarer Machtfülle geworden, die Wirtschaft, die Bildung, die Öffentlichkeit, Instanzen, die tief, viel tiefer als früher die Staatsmacht gerade in unser privates, ja, in unser intimes Leben eingreifen. Wenn also Politik heute wie eh und je ein System von Pflichten und Rechten, von Abhängigkeiten und Freiheiten darstellt, müßten dann die Verhältnisse zwischen diesen beiden Gewichten nicht neu bedacht, ja müßten die bedrohten Freiheiten nicht neu behauptet, neu erkämpft werden? Müßte nicht der Faktor Verantwortung innerhalb dieses Systems erst einmal wieder unter der dicken Decke der Anonymität hervorgeholt, bewußt hervorgeholt werden, wenn er in unserem politischen Leben eine Rolle spielen soll? Das alles aber wäre wiederum die Voraussetzung dafür, überhaupt die Vokabel „christlich“ zu gebrauchen. Was heißt denn das heute? Ein inhaltlicher Glaube? Eine Lebensform? Etikett eines bestimmten Bücher- und Zeitungsmarktes von sogenannter christlicher Literatur? Wenn im Bereich von Politik „christlich“ und „Verantwortung“ eine Rolle spielen sollen, dann können sie nicht aus der Politik kommen. Dann haben sie ihren eigenen Ursprung, ihren eigenen mehr als politischen Sinn.

Was aber ist mit „christlich“ gemeint? In den Schlußsätzen des Entwurfes für ein Grundsatzprogramm der CDU steht der Satz „Nicht alle Mitglieder und Anhänger der CDU sind Christen“. Dieser Satz, sicher das Ergebnis kritischer Reflexionen und Auseinandersetzungen

zungen, ist in seinem Kern viel schwerwiegender und gewichtiger, als es wahrscheinlich denen, die ihn schließlich formulierten, selbst bewußt war. Denn mit diesem Satz, gerade in seiner negativen Formulierung, charakterisiert sich die CDU als eine Partei, die einen gegenüber den anderen Parteien der Neuzeit anderen, man könnte auch, sit venia verbo, sagen einen neuen Typ von Partei darstellt. Denn eine entsprechende Aussage könnte keine der neuzeitlichen Parteien über sich selbst machen. Der Satz „Nicht alle Mitglieder der SPD sind Sozialisten“ oder „Nicht alle Mitglieder der FDP sind liberal“ wäre zumindest in einem Parteiprogramm blanker Unsinn. Diese Programme gründen sich ja gerade auf der Überzeugung, der Weltanschauung ihrer Mitglieder. Die CDU sagt mit dem zitierten Satz, daß die Partei sich nicht auf die christliche Weltanschauung ihrer Mitglieder gründet. Ihre Christlichkeit beruht auf etwas anderem.

Bevor wir sagen, was das sein könnte, möchte ich darauf hinweisen, daß der Satz „Nicht alle Mitglieder der Kirche sind Christen“ vielleicht keine glückliche, aber sicher auch keine falsche Formel darstellt. Und zwar nicht nur im Blick auf unsere heutigen Volkskirchen, sondern auch und gerade im Blick auf die Gemeinde des Neuen Testaments. Die Christen des Neuen Testaments, auch die Apostel, erscheinen dort nicht als Menschen mit bestimmten festen Überzeugungen, sondern als fragende, suchende, zweifelnde, ängstliche Menschen, die immer wieder Zuspruch, Weisung, Mahnung nötig haben. Und es wird sogar mit der höchsten Autorität von Jesus Worten bestätigt, daß nicht die, die „Herr, Herr“ sagen, die rechten Christen sind, sondern die, die es unter Umständen gar nicht wissen, daß sie es sind, der Samariter, der römische Hauptmann, das fragwürdige Frauenzimmer. Und diese wiederum sind es auch nicht als Randfiguren der Gesellschaft, sondern als lebendige Gleichnisse des von Gott gemeinten Menschlichen, das seinen Ausdruck in Liebe und Vertrauen, im Tun des Notwendigen, oft in scheinbar ausweglosen Situationen findet. Gerade weil der Mensch über sein Leben, über seine Geburt und seinen Tod, seine u. a. Vergangenheit nicht verfügen kann, gründet sich menschliche Gemein-

schaft, wenn es um letzten Ernst geht, nicht in gemeinsamen Überzeugungen und Interessen, sondern in dem, was mehr ist als diese, was unser aller Leben trägt und was über dies Leben hinausgeht. Die Kirche in ihrem ursprünglichen Selbstverständnis ist das herausragende, aber keineswegs das einzige Beispiel einer solchen Gemeinschaft. Die Liebe zwischen Mann und Frau, die Ehe, die Freundschaft, Volk und Nation, das alles sind Gemeinschaftsformen, die sich nicht von bestimmten Inhalten oder Vorstellungen her verstehen lassen. Den Gegensatz dazu bilden die im 19. Jahrhundert aufgrund bestimmter Programme oder Ziele erfolgten Zusammenschlüsse der Parteien. Gegenüber diesem Strukturprinzip stellt die CDU eine neue Form des politischen Zusammenschlusses dar. Sie versteht nämlich das Christliche, und das sogar auch im Gegensatz zu den christlichen Parteien vor 1933, nicht im Sinne eines weltanschaulichen Prinzips. Das Politikum des Christlichen besteht im Gegenteil darin, „daß der Mensch von der Notwendigkeit, einen letzten Sinn suchen oder konstruieren zu müssen, heilsam entlastet ist“ (Eberhard Jüngel, S. 19). In diesem Sinn ist das Christliche, von dem die CDU ausgeht, nicht als Überzeugung, sondern als Zusage verstanden, und zwar als Zusage an alle, nicht nur an die Christen.

Wenn das aber das im Programm und in den Äußerungen der CDU zu Tage tretende Verständnis von „christlich“ ist, dann wird die Frage nach dem Ort, an dem dies Christliche eingeübt und gelebt wird, unvermeidlich. Dieser Ort kann ja sicher nicht eine politische Partei sein. Er kann auch nicht, wie das gerade im Protestantismus noch bis vor einigen Jahrzehnten der Fall war, die christliche Familie sein. Aber kann es die Kirche sein? Sie sollte es wohl sein, aber gerade das Verständnis von „christlich“, das hier in Rede steht, hat für unsere evangelische Kirche jedenfalls weithin an Verbindlichkeit verloren. Es ist auch kein Zufall, daß der schon zitierte Satz aus Eberhard Jüngels Vortrag „Zukunft und Hoffnung“ von einem aus allgemeinen Kirchensteuermitteln finanzierten Verlag in einem Heft abgedruckt wurde, das die schlechthin beklemmende Frage stellte „Müssen Christen Sozialisten sein?“ Ich möchte nicht mißverstanden werden. Es gibt gute und sogar

christliche Gründe, sich politisch für die SPD zu entscheiden. Aber wenn der Gedanke einer vom Glauben gebotenen Verpflichtung auf diese Partei in der Kirche öffentlich diskutiert wird, dann steht das Glaubensverständnis dieser Kirche selbst in Frage. Können wir eigentlich an dieser Entwicklung vorbeigehen?

Ich kann zu dem dritten und letzten Stichwort, dem von der „Verantwortung“, nach einer kurzen Vorbemerkung gleich die mir notwendig erscheinende Frage formulieren; denn nach dem zuletzt Gesagten kann unter Verantwortung gewiß nicht an eine jener anonymen Instanzen gedacht werden, die in Leitartikeln und Festreden immer beschworen werden, wenn von Verantwortung die Rede ist, vom Volk, von der Menschheit, von der kommenden Generation oder was sonst immer gebraucht wird. Verantworten ist nichts anderes als Antworten, und das kann man nur auf wirkliche Fragen wirklicher Menschen. Allerdings setzt Verantworten immer eine umfassende Frage voraus. Verantworten ist nicht Auskunftgeben. Der sich Verantwortende muß sagen, was er mit den ihm in der Welt Anvertrauten gemacht hat oder machen wird. Verantworten muß man sein Leben, das einen Anfang und ein Ende hat, in einer Welt, die vorher da war und die nachher auch da sein wird. Und wenn es denn richtig ist, daß das „Christliche“, das von uns gemeint ist, die Absage an alles bloß Weltanschauliche, bloß Ideologische, bloß in der Lebens- und nicht auch in der Sterbenserfahrung Zugängliche ist, die Absage auch an das Stück billiger Sicherheit, die aus Planungen und Prognosen kommt, dann verweist „Verantwortung“ unmißverständlich auf das Wort, was in unserer noch nicht durch Schlagworte verstellten Sprache „Gott“ lautet. Nur in Verbindung mit diesem Wort kann Verantwortung einen Sinn haben. Und nur im Verantworten wird deutlich, daß dieser Gott der ist, der sich der Welt, den Menschen zuwendet, der alle angehende Gott. Verantwortliche Politik ist dann nichts anderes als antwortendes Handeln in dem vielleicht bedeutsamsten Geschäft, das Menschen aufgetragen werden kann, nämlich dem, in der jeweiligen Zeit die angemessenen Voraussetzungen für Gott-gemeintes, humanes Leben zu schaffen. Ist das klerikal? Ist das pietistisch? Ist das

Romantik? Vergißt das die unübersehbaren Zusammenhänge, denen die Politik unterliegt? Ich will auf diese Frage jetzt nicht antworten. Ich habe nur „Verantwortung“ beim Wort genommen. Ich meine aber, wir sollten dies Wort nicht preisgeben.

Und damit möchte ich in Umsetzung der jeweils schon ausgesprochenen Fragen oder Fragenkomplexe drei Forderungen nennen, die heute an eine Politik in christlicher Verantwortung gerichtet bzw. von einer solchen Politik erfüllt werden sollten.

1. Eine solche Politik sollte darauf gerichtet sein, einer möglichst großen Zahl von Bürgern Wege zur Mitgestaltung am Gemeinwesen zu öffnen. Verantwortliche Politik hat sich gegen die Egoismen der Verwaltung, der Wirtschaft, der Meinungsmacher durchzusetzen. Sie schützt die Freiheit, in der der Einzelne Verantwortung für seinen Bereich und damit für das Ganze trägt. Wenn wir diese geschützte Freiheit hätten, würde sich mit Sicherheit die Gemeinsamkeit in bezug auf das für alle Nützliche und Gute, würde sich der politische Konsens viel leichter einstellen, als uns dies bei einer überhitzten Vorstellung von Pluralismus und einer öffentlich gepflegten moralischen Beliebigkeit heute vorstellbar erscheint.

2. Christliche Verantwortung kann es nur geben, wenn das Christliche nicht zu einer bloßen Hülse politischer, religiöser oder anderer Beliebigkeit herabsinkt. Innerhalb des Angebotes Gottes sind einer aus Liebe und Vertrauen lebenden Phantasie keine Grenzen gesetzt. Aber es gibt durchaus Zeichen dafür, daß dies Angebot nicht gewollt, daß es ausgeschlagen wird, daß Liebe in Haß, Vertrauen in Verzweiflung, Christliches in Antichristliches umschlägt. Daß solche Zeichen in den letzten Jahren nicht immer erkannt wurden, hatte seinen Grund sicher in einer oft erschreckenden Weltfremdheit innerhalb unserer Kirchenleitungen und Gemeinden. Christliche Politiker aller Parteien hätten hier gegenüber dieser Kirche Aufgaben, die sich gewiß nicht in Apellen von Parteispitzen an kirchliche Verwaltungen oder in Gesprächen von Ausschüssen mit dem Rat der EKD erschöpfen.

3. Wenn Verantwortung eine geschichtliche Kategorie ist, dann sollte sie als solche von uns ernster genommen werden als das innerhalb der politischen Meinungsbildung der Partei in den letzten Jahren geschehen ist. Vielleicht hat Trutz Rendtorff Recht, wenn er sagt, die SPD sei an der Geschichte, die CDU am Menschenbild orientiert. Aber es sollte nicht so sein. Der Mensch ist nun einmal seine Ge-

schichte (Wilhelm Schapp), und wir können nur Gemeinschaft miteinander haben, wenn wir diese Geschichten, die wir jeder für uns sind, miteinander teilen, das Glück, die Not, die Schuld, durch die wir alle gegangen sind. Und zur Geschichte gehört auch, daß wir miteinander das erwägen, was vor uns liegt und was sicher auch Glück, auch Not und auch Schuld enthalten wird. Auch das Jahrzehnt, in dem wir leben, ist keine Zeit der Unschuld. Wir haben auch in dieser Zeit Schuld auf uns geladen. Vielleicht wird diese Schuld heute langsam erkennbar. Wir sollten sie jedenfalls erkennen, bevor sie uns von anderen vorgehalten wird.

Grundwerte sind für die Politik und für eine Partei eine notwendige, eine feine Sache, aber wir könnten manchmal zu fein sein, wenn es um die Wirklichkeit, um das Alltägliche, um den sogenannten Dreck geht. Und wir sind merkwürdig hilflos als Einzelne wie als Partei, wenn jemand sich dieses Drecks bemächtigt. Die Realpolitiker unter uns meinen dann wohl, wir sollten es endlich auch tun.

Das Wort Verantwortung weist in eine andere Richtung: Verantwortung für die Vergangenheit, für unser aller Vergangenheit, und Verantwortung für unser aller Zukunft. Dafür ist niemand zu gut und niemand zu schlecht.

## Termine

**Schloß Burg:** Zum 3. Schloß-Burger-Gespräch mit Dr. Richard von Weizsäcker und Generaldekan Albrecht von Mutius lädt der EAK-Bund ein für Freitag, 10. November 1978, in die Schloßgaststätte nach Burg a. d. Wupper.

Die Veranstaltung beginnt um 17.00 Uhr. Von 16.00–17.00 Uhr besteht die Möglichkeit der Aussprache im kleinen Kreis mit Mitgliedern des EAK-Landesvorstandes Rheinland sowie mit dem EAK-Bundesgeschäftsführer Dr. Peter Egen.

Das Thema der Begegnung lautet: „Positionen unserer Kirche aus theologischer sowie aus politischer Sicht“.

Anmeldung ist nicht erforderlich.

**Nürnberg:** Die Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung führt in der Zeit vom 24.–25. November 1978 in Nürnberg eine Tagung über „Möglichkeiten der Werterziehung in einer pluralistischen Gesellschaft“ durch und wendet sich damit an die Mitglieder der Landessynode, Dekane und Kreisdekane, an die Mitglieder der Landeskirchenleitung sowie an Professoren und Assistenten der evangelisch-theologischen Fakultäten.

Anmeldung und weitere Auskünfte über die Hanns-Seidel-Stiftung e. V., Abt. Politik und Zeitgeschehen, Lazarettstraße 19, 8000 München 19, Telefon 0 89 / 1 25 81.

**Türnich/Rhld.:** Am 25. November 1978 findet ganztägig die diesjährige Landesversammlung des EAK der CDU Rheinland in Türnich statt.

Neben internen Regularien (u. a. Vorstandswahlen) spricht auf dieser Veranstaltung der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Lothar Späth.

Auskunft und Anmeldung über das EAK-Landessekretariat, zu Hd. Herrn Rolf Wollziefer, Georgstr. 18, 5000 Köln 1, Telefon 0221 / 23 56 71.

**Stuttgart:** Der Bundesvorsitzende des EAK der CDU/CSU, Kultusminister Professor Dr. Roman Herzog, spricht am 27. November 1978 um 20.00 Uhr auf einer öffentlichen Veranstaltung des Evangelischen Arbeitskreises Württemberg im Hotel Herzog Christoph in Stuttgart.

Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Nähere Auskunft erteilt gerne der EAK-Landesvorsitzende von Württemberg, Professor Arved Deringer, Freibadstraße 93, 7000 Stuttgart 80, Telefon 07 11 / 73 33 44.

---

## Hilferuf aus der Steiermark — Leser der Evangelischen Verantwortung zur Unterstützung aufgerufen.

---

Die evangelische Pfarrgemeinde Gröbming, eine der ältesten evangelischen Gemeinden der Steiermark, muß innerhalb weniger Monate ein neues Pfarrzentrum errichten, nachdem das bestehende Gebäude der Gröbminger Umfahrungsstraße weichen muß.

Diese Tatsache stellt unsere Gemeinde — so schreibt uns Pfarrer Max Honegger — vor schier unüberwindbare Probleme. Einerseits muß das neue Pfarrzentrum zeitgemäß, für die nächsten Generationen ausgerichtet, gebaut werden, andererseits reicht die Ablösesumme, die wir für das derzeitige Pfarrhaus erhalten haben, bei weitem nicht aus, um die Kosten des Neubaus zu decken. Da die evangelische Gemeinde Gröbming über keinerlei sonstige Besitzungen oder finanzielle Mittel verfügt und auch übergeordnete Stellen nicht in der Lage sind, helfend einzugreifen, droht die gesamte Gemeinde in eine finanzielle Situation zu schlittern, die nicht nur den Verantwortlichen sondern der gesamten Pfarrbevölkerung große Sorgen bereitet.

Als Leser der Evangelischen Verantwortung wollen wir hier helfen.

Ihre Spende überweisen Sie bitte auf das Konto 1 23 695 bei der Raiffeisenkasse Gröbming/Steiermark (Österreich), Bankleitzahl: 38113, Empfänger: Evang. Pfarramt/Pfarrhausbau.

Für Ihre Mithilfe danken der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU und der Evangelische Arbeitskreis der Österreichischen Volkspartei ganz herzlich.

---

## Evangelischer Arbeitskreis der Österreichischen Volkspartei weiter aktiv

---

Der Geschäftsführer des EAK der ÖVP, Robert Kauer, Wien, arbeitet zielstrebig an der Verbreiterung der Basis für den Evangelischen Arbeitskreis der ÖVP.

Nach der im Frühsommer äußerst gelungenen ersten Bundestagung in Perchtoldsdorf bei Wien wird die Arbeit in den neu gegründeten evangelischen Clubs des EAK der ÖVP fortgesetzt — zur Teilnahme wird herzlich eingeladen.

### Evangelischer Club in Wien

an jedem ersten Mittwoch im Monat  
von 18.00 bis 20.00 Uhr

im Löwelzimmer des Café Landtmann, Wien 1,  
Dr.-Karl-Lueger-Ring 4

**Spitzenpolitiker stehen zu Gesprächen  
zur Verfügung:**

am Mittwoch, dem 8. November:  
Generalsekretär Dr. Lanner

am Mittwoch, dem 6. Dezember:  
Mediensprecher Abg. Steinbauer

### Evangelischer Club in Linz

am Montag, dem 18. Dezember 1978,  
von 18.00 bis 20.00 Uhr

Im Klubraum des Café Goethe, Linz,  
Goethestraße 1

**Gast des Abends:**

Landeshauptmann Dr. Josef Ratzénböck

# Der Euro-Kommunismus als „demokratischer“ Sozialismus?

Hans-Günther Assel

Das Versagen des sowjetischen Modells beim Ausbau des Sozialismus stellte die westeuropäischen Kommunisten vor neue Probleme, denn im Zeitalter der Massenmedien kann man nicht nur allen Fehlentwicklungen der politischen Systeme nachspüren, sondern die Systemkritik macht vor keinem System mehr Halt. Die Vorbildlichkeit des sowjetischen Modells mußte mit dem Bekanntwerden der stalinistischen Säuberungen und mit der Mißachtung der Menschenrechte in Zweifel gezogen werden.

Diesem Vertrauensschwund zum System begegnete Chruschtschow auf dem 20. Parteitag im Jahre 1956 mit seiner bekannten Entstalinisierungsrede, weil sich bestimmte Vorgänge nicht totschrveigen ließen. Das Jahr 1956 wurde zu einer Zäsur, weil sich ein gewisser Wandel der Verhältnisse abzeichnen begann, denn von nun an machte sich eine Emanzipationstendenz von der UdSSR weg bemerkbar. Die Hörigkeit gegenüber der Moskauer Führung fing an sich zu lockern. Das zeigte sich zuerst am Beispiel von Tito, der als Widersacher von Stalin in Moskau einen wichtigen Sieg errang, denn der Kreml war 1956 bereit, in einem gemeinsamen Kommuniqué die Belgrader Erklärung von 1955 zu bestätigen. Zum ersten Mal räumte die sowjetische Führung einer anderen kommunistischen Partei das Recht auf Souveränität, Gleichberechtigung in Staats- und Parteiangelegenheiten und die Nichteinmischung in innere Angelegenheiten ein. Dieses Beispiel sollte später die westeuropäischen KP's ermutigen, sich ihren eigenen Weg zum Sozialismus zu erkämpfen.

Aber die Aufstände in Polen und Ungarn 1956 zeigten auch das andere Gesicht der Sowjets, denn sie griffen in die Aufstandsbewegungen ein. Aber dieses rigorose Vorgehen löste bei den westeuropäischen KP's Kritik und auch Gewissenskonflikte aus. Führende Parteintellektuelle unterzeichneten ein Manifest gegen die Niederwerfung des Budapester Aufstandes. Sie

wurden deshalb in Frankreich, Italien und Spanien aus ihren Parteien ausgeschlossen. Aber mit dem Fall „Ungarn“ demonstrierte die UdSSR ihren Hegemonismus und ihre imperialistische Politik. Sie blieb dieser Politik treu wie das Beispiel Tschechoslowakei, aber auch Polen 1968 bewies. Diese Ereignisse wirkten auf die westeuropäischen KP's zurück, denn im „Prager Frühling“ offenbarte sich ein Typ von Sozialismus, der ihrer Gesinnung entgegenkam.

An den klassischen Beispielen von Ungarn und Tschechoslowakei läßt sich das Aufbrechen des Monolithismus demonstrieren. Die inneren Spaltungen vertiefen sich in dieser Zeitspanne, wobei von diesem Prozeß nicht nur die Westeuropäer, sondern auch Albanien und das China von Mao betroffen wird. Die erfolgreiche Sonderrolle von Jugoslawien mit Tito an der Spitze ermutigte die westeuropäischen Kommunisten, einen eigenen Weg zum Sozialismus einzuschlagen, der ihren konkreten Gegebenheiten entsprach. Dabei unterschieden sie sich erheblich, denn in Italien besteht heute mit Berlinguer an der Spitze eine starke kommunistische Partei, die neben den Christdemokraten den größten politischen Einfluß besitzt. In Frankreich spielen die Kommunisten unter Marchais neben den Sozialisten unter Mitterrand eine beachtliche Rolle, die nur knapp die Machteroberung mit ihrem Wahlbündnis verfehlten. Anders ist die Lage in Spanien und Portugal zu beurteilen, wo das Wählerpotential etwa jeweils 10% der Bevölkerung beträgt. Während aber die spanischen Kommunisten sich als „liberal“ erweisen, strebten die portugiesischen mit Hilfe der Armee die Macht und eine leninistische Diktatur an.

Die Eurokommunisten suchen, unterstützt von Jugoslawien, einen Weg, sich von jenen ideologischen Formeln zu distanzieren, die sie an Moskau binden. Dabei handelt es sich um den Begriff „proletarischer Internationalismus“, der als ein

zentrales Dogma — neben der friedlichen Koexistenz zu bewerten ist. Der Begriff fordert unbedingte Loyalität der gesamten kommunistischen Bewegung gegenüber der führenden Rolle der Sowjetunion. Schon 1927 hatte Stalin den Begriff interpretiert: „Ein Internationalist ist, wer vorbehaltlos, ohne zu schwanken, ohne Bedingungen zu stellen bereit ist, die UdSSR zu schützen“. Mit dieser Formel wird der Monolithismus begründet und legitimiert. Der Vorrang der Sowjetunion ist seitdem nicht in Zweifel zu ziehen. Dieser weitgehende Führungsanspruch von Moskau in ideologischen und politischen Fragen wirkt für die westeuropäischen Kommunisten belastend und hier liegt die Wurzel für die Divergenzen im europäischen Kommunismus. Als ein Beispiel läßt sich die Ostberliner Konferenz der europäischen KP's von 1976 anführen, die von der UdSSR mit viel Aufwand und Mühe organisiert wurde, um die aufgetretenen ideologischen Differenzen zu überbrücken. Aber auch hier trat der Unterschied zwischen den moskauorientierten Parteien und den Eurokommunisten deutlich hervor. Es gelang den letzten mit Unterstützung von Jugoslawien und Rumänien ihr Recht auf Unabhängigkeit und auf den eigenen Weg zum Sozialismus theoretisch zu rechtfertigen und sich von der Konferenz bestätigen zu lassen. Während der langwierigen Verhandlungen kamen sich die Gleichgesinnten — einschließlich die britische und die schwedische KP — so nahe, daß man heute von einem „Block der Autonomisten“ im Gegensatz zu den „Zentralisten“ spricht. Schon Togliatti hatte 1964 mit seiner These über den Polyzentrismus in seinem „Jalta-Memorandum“ eine solche Entwicklung angedeutet. Die UdSSR versuchte nach der Ostberliner Konferenz von 1976 die alte Interpretation von Stalin über den „proletarischen Internationalismus“ durchzusetzen und Warnungen vor dem Revisionismus auszusprechen. Beide Seiten vermieden vorerst gegenseitige Angriffe, aber ihre Divergenzen



wurden erneut unterstrichen, als sich die Eurokommunisten im März 1977 in Madrid trafen, während sich zur gleichen Zeit die KP's der UdSSR, Bulgariens, der DDR, Polens, Rumäniens, Ungarns, Kubas, der Mongolei und der Tschechoslowakei in Sofia versammelten. In der „Madrider Erklärung“ bestätigten Berlinguer, Marchais und Carrillo die Intention ihrer Parteien die „internationalistische Solidarität auch in Zukunft auf der Grundlage der Unabhängigkeit jeder einzelnen Partei, der Gleichberechtigung, der Nichteinmischung, der Respektierung der freien Wahl der eigenen Wege und Lösungen für den Aufbau sozialistischer Gesellschaften entsprechend den Bedingungen in den einzelnen Ländern zu entwickeln“. Man bekannte sich zur Entspannung und friedlichen Koexistenz, zur Rüstungsreduzierung, zur Verwirklichung der Schlußakte der KSZE, zu einem positiven Verlauf des Belgrader Treffens, zur Überwindung der Spaltung Europas in antagonistische Militärblöcke, zu neuen Beziehungen zu den Entwicklungsländern und zu einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung. Hier wurde die Perspektive „eines friedlichen, demokratischen und unabhängigen Europas ohne Militärstützpunkte und ohne Wettrüsten sowie des Mittelmeeres als einem Meer des Friedens und der Zusammenarbeit zwischen den Anliegerländern“ vertreten. Das Ende der Franco-Diktatur, sowie die Veränderungen in Portugal und in Griechenland bezeichnete man als positive Veränderung der europäischen Lage. In der Krise des kapitalistischen Systems sei es nötig, die Demokratie zu entwickeln und „vorwärts zum Sozialismus zu schreiten“. Man sprach vom „Aufbau einer neuen Gesellschaft in der Pluralität der politischen und der gesellschaftlichen Kräfte“ und man plädierte für die „Entwicklung aller Kollektiven und persönlichen Freiheiten“ und man unterstrich den Willen den „Sozialismus in Demokratie und Freiheit zu verwirklichen“.

Die Konferenz in Sofia diene dem Erfahrungsaustausch der politisch-ideologischen Arbeit, wobei man den Nachdruck auf die „Notwendigkeit der entschiedenen Entlarvung des Antikommunismus“ verlegte und von der „Zurückweisung der gegen die sozialistischen Staaten gerichteten Kampagnen“

sprach. „Diese Kampagnen werden von imperialistischen Kreisen organisiert, die versuchen, den Inhalt der Innen- und Außenpolitik der Länder des Sozialismus zu entstellen, sich in deren innere Angelegenheiten einzumischen, was dem Geist und Buchstaben der Schlußakte der gesamteuropäischen Konferenz widerspricht“. In diesen Kommunikés geht man nicht offen auf die Gründe für die Differenzen ein. In der Madrider Erklärung vom März 1977 fehlt eine Kritik an der Verletzung der Menschen- und Bürgerrechte in den osteuropäischen Ländern. Im April 1977 benutzte Boris Ponomarjow, als Sekretär des ZK der KPdSU, ein internationales Treffen der KP's in Prag dazu, den Führungsanspruch seiner Partei zu verdeutlichen, ohne den Eurokommunismus zu erwähnen. Die Frage der Menschenrechte wurde als ein Pro-

#### Unsere Autoren:

Professor Dr. Dr. Hans-Günther Assel  
Ketteler Straße 12  
8500 Nürnberg

Pfarrer Dr. Hans Bolewski  
Colmarstraße 6  
3000 Hannover 71

Kultusminister  
Professor Dr. Roman Herzog  
Schloßplatz 4  
7000 Stuttgart 1

blem der bürgerlichen Welt bezeichnet. Dagegen erneuerte man die Formel, die vom „Geiste der Gleichberechtigung, Zusammenarbeit und Achtung der Selbständigkeit jeder Partei und ihrer Politik“ sprach. Einen heftigen Angriff gegen den Eurokommunismus startete Vasil Bilak vor dem Journalistenverband der CSSR, wobei dieses Phänomen als ein „bewußter Versuch der Bourgeoisie, den internationalen Kommunismus entsprechend den geographischen Gebieten aufzusplittern und alles in Bewegung zu setzen, um die Einheit unserer Bewegung zu brechen“, dargestellt wurde. Wenige Tage später erfolgte eine Attacke gegen Santiago Carrillo in einem Artikel der Zeitschrift „Nowoje Wremja“ vom 23. Juni 1977, in dem man das Buch des Spaniers: „Eurokommunismus und Staat“ verurteilte, weil sein Konzept der Polarisierung kommunistischer

Parteien in West- und Osteuropa und der „Diskreditierung des existierenden Sozialismus in den kommunistischen Staaten“ diene. Die Polemik erwies sich als ein Indikator für die tiefen Meinungsverschiedenheiten. Man warf Carrillo „Antisowjetismus“ und Einmischung in die Angelegenheiten einer anderen Partei“ vor und man sprach auch von der Spaltung der kommunistischen Bewegung. Seine Deutung des Eurokommunismus liege ausschließlich im Interesse des Imperialismus. Die KP Spaniens wies die sowjetischen Vorwürfe zurück und machte klar, daß sie ihre erkämpfte Position nicht preisgeben gedachte.

Die Tatsache, daß sich die westeuropäischen Kommunisten eine eigenständige Position erkämpft haben, die sie verteidigen wollen, ist schwerlich in Abrede zu stellen. Sie können in Italien und Frankreich sich unter Umständen an einer Regierungsverantwortung in Zukunft beteiligen. Besonders in Italien haben die Kommunisten bis in alle Betriebe und Gemeinden, bis in alle Gewerkschaften und Kulturorganisationen hinein Fuß gefaßt. Sie sind bereit, an der Regierungsverantwortung beteiligt zu werden. Die Doppelstrategie der italienischen KP hat Erfolg gehabt. Aber nach wie vor bleibt eine wesentliche Frage offen: Handelt es sich um eine neue Taktik oder um eine grundsätzliche Kurskorrektur gegen Lenin? Handelt es sich um eine Freiheitsphraseologie oder um eine reale Praktizierung demokratischer Prinzipien? Eine auf leninistischen Prinzipien aufgebaute Partei kann nicht demokratisch sein, auch wenn von „demokratischen Zentralismus“ gesprochen wird. Bei dieser Parteistruktur, bei der das Politbüro alle Entscheidungen trifft und zugleich alles von oben nach unten kontrolliert, ist es irreführend von Entstalinisierung zu sprechen. Der Prüfstein für den Eurokommunismus liegt daher nicht zuletzt in der Fähigkeit, eine strukturelle Kursänderung zu vollziehen, die nicht nur mit stalinistischen, sondern auch leninistischen Traditionen bricht. Milovan Djilas und Leszak Kolakowski haben auf die leninistischen Grundsätze in der Partei hingewiesen. Kolakowski verlangt vom Eurokommunismus, daß die Sowjetunion wegen ihres hegemonistischen Imperialismus und ihrer Despotie klar verurteilt wird. Die Ab-

weichung, welche Carrillo und die Eurokommunisten begehen wird seitens der UdSSR schwer getadelt. Hier bahnt sich möglicherweise ein neues Schisma an. Der Konflikt ist nicht zu bagatellisieren, denn Kommunisten haben begriffen, daß Menschen- und Bürgerrechte, für das politische Leben eine kardinale Rolle spielen und daß Bürger gegen die Staatsgewalt abgesichert wer-

den müssen. Es gibt bisher nur verbale Beteuerungen in bezug auf die Freiheitsrechte, aber keine überzeugende Praxis. Auch eurokommunistische Parteien verfügen über eine oligarchische Struktur mit dem Politbüro an der Spitze und einer ausgeprägten Parteidisziplin. Solange sie ihre Parteistrukturen nicht der repräsentativen Demokratie anpassen und überzeugend ihre Un-

abhängigkeit von Moskau demonstrieren, solange müssen Vorbehalte weiterhin bestehen. Das Phänomen: „Eurokommunismus“ läßt sich aus dem humanen und wirtschaftlichen Fehlschlag des Sowjetsystems erklären, der nicht zu beschönigen ist, denn ein leistungsfähiges und humanes sozialistisches System ist bisher nicht verwirklicht worden.

## Aus unserer Arbeit

### Evangelischer Arbeitskreis der CDU tagte in Boxberg

**Boxberg:** „Darf sich die Kirche in die Politik einmischen?“ — mit dieser Frage beschäftigte sich im Gasthaus „Löwen“ in Boxberg der Evangelische Arbeitskreis der CDU (EAK). Pfarrer Heinz Raulf (Bobstadt) behandelte in seinem Referat die Frage, indem er mittels eines kirchenhistorischen Rückblicks die daran geknüpften Probleme erläuterte. Raulf stellte mehrere Denkanstöße gegenüber, zunächst den des Theologen Karl Barth „Christengemeinde und Bürgergemeinde“. Nach ihm wirkten Christen in der Politik durch Glaube, Liebe und Hoffnung; sie wirkten damit in die sogenannte Bürgergemeinde hinein.

Der Staat sei nach Barth von der Sinnfrage des Lebens entlastet, weil diese Frage der Kirche zukomme.

Der Boxberger Pfarrer ging auch auf den umstrittenen Denkansatz des Lutheraners Walter Künneth ein, der die Zwei-Reiche-Lehre vertritt (Kirche — Staat). Bei ihm taste die Kirche das „Reich des Staates“ nicht an, sondern nehme sich nur der Menschen an. Problematisch sei bei Künneth (so Raulf), daß dort der einzelne Christ zu kritikloser Anpassung erzogen werde, was im Ergebnis während der Nazizeit zu einer erstaunlichen Fehleinschätzung des NS-Staates geführt habe. Der Boxberger Pfarrer zitierte dabei einige regional- und ortsbezogene Dokumente der Kirche aus der Zeit des Dritten Reiches.

Raulf ging dann auf das Verhalten des Christen in der Politik heute

ein und stellte mehrere umstrittene Fragen zur Aussprache: 1. Müsse es Versöhnung um jeden Preis oder Streit geben? 2. Könne Gewalt unterstützt werden? 3. Müssen oder können Christen Sozialisten sein? Raulf erläuterte dabei, wie sich eine politische Einstellung beim Menschen bildet, nämlich im wesentlichen durch politische und theologische Reflexion. Die Anwesenden erarbeiteten dann die aufgeworfenen Fragen anhand konkreter, meist aktueller Beispiele. EAK-Kreisvorsitzender Dieter Lücke berichtete zudem über einen Vortrag des Justizministers a. D. Dr. Bender zum Thema „Christ und Politik“. In Kürze sollen weitere Veranstaltungen des EAK im Kreis folgen.

### Professor Hahn: Mehr Mut zur Erziehung!

**Emmendingen-Windenreute.** Der Evangelische Arbeitskreis der CDU, bisher im Kreis Emmendingen noch nicht vertreten, stellte sich anläßlich einer gut besuchten Veranstaltung mit Kultusminister a. D. Professor Dr. Wilhelm Hahn im „Windenreuter Hof“ einer interessierten Zuhörerschaft vor. Im Namen des Arbeitskreises konnte Frau Wagner außer dem prominenten Redner, der gleichzeitig stellvertretender Landesvorsitzender ist, auch die CDU-Kreisvorsitzende von Elverfeldt, den Landtagsabgeordneten Schätzle, Ortsvorsitzenden Vierneisel und Vertreter von Schulen im Kreis der Zuhörer begrüßen. Frau Wagner nannte als Ziel des Arbeitskreises, der sich nicht als separierende Gruppe versteht, mehr

evangelische Christen für die CDU zu gewinnen. Hauptanliegen sei ein verstärkter Dialog mit den katholischen Brüdern. So sei das Anliegen eigentlich ökumenischer Art, das Christentum nämlich auch politisch unter Beweis zu stellen.

Im Namen des Kreisvorstandes richtete Frau von Elverfeldt ein Grußwort an die Versammlung, und der Geschäftsführende Landesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises, Michael Feist, stellte als geistliches Wort das Motto des stattgefundenen Katholikentages „Ich will euch Zukunft und Hoffnung geben“ als Zeichen des Gleichdenkens über Versammlung und Bemühungen.

Professor Hahn stellte die Wiedergewinnung der Erzieherischen, den Mut zur Erziehung in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Das sei auch Titel eines Forums in Bad Godesberg gewesen und bedeute ein Signal für die Notwendigkeit neuer Aufgaben in der Erziehung. Diese Frage sei auch in der Öffentlichkeit aktuell und finde in den Medien ein beachtliches Echo. Es werde eine Tendenzwende erwartet. Die seinerzeitige Ankündigung vom endlichen Beginn der Demokratie sei vor allem auch auf die Erziehung gezielt gewesen und habe eine Welle der Erwartung einer Umwandlung in die sozialistische Gesellschaft hervorgerufen. Schnell aber sei der Kulminationspunkt erreicht worden, die großen Reformen seien nicht eingetreten. Die notwendige Tendenzwende im Bewußtsein der Öffentlichkeit setze sich durch mit der Erkenntnis, daß auch der Nicht-Sozialist in Gegenwart und Zukunft paßt. In einer veränderten geistig-politischen Situa-

tion besinne man sich auf andere Werte. Die Zukunft hänge nämlich davon ab, wie die junge Generation erzogen wird.

## Glaube und politische Praxis

**Pforzheim:** „Christlicher Glaube und politische Praxis gehören in einem Gemeinwesen ebenso zusammen wie persönlicher Glaube und dienende Nächstenliebe beim einzelnen Christen“. Dies war eine der grundlegenden Aussagen von Michael Feist, dem stellvertretenden Landesvorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Baden, bei der offiziellen Gründungsversammlung des auf Kreisebene bereits seit Monaten tätigen Evangelischen Arbeitskreises Enzkreis/Pforzheim.

Zu der gutbesuchten Veranstaltung im Hotel Martinsbau konnte das Mitglied des Landesvorstandes, Pfarrer Kurt Meythaler, Pforzheim, auch den CDU-Kreisvorsitzenden Hugo Leicht, MdL, den früheren Bundestagsabgeordneten Gottfried

Leonhard und eine Reihe von Amtsbrüdern und Kirchenältesten aus Pforzheim und dem Enzkreis begrüßen.

In einem „geistlichen Wort“, das er unter den Wochenspruch aus der Offenbarung des Johannes stellte, machte Pfarrer Emil Müller (Pforzheim-Würm) zu Beginn der Veranstaltung deutlich, daß „Neutralität Gleichgültigkeit bedeutet“. Dabei werde in der Heiligen Schrift gerade die menschliche Lauheit immer wieder angeprangert und gegeißelt.

In seinem einführenden Referat zur Tätigkeit des Evangelischen Arbeitskreises der CDU, das er unter das Thema „Der Christ zwischen Glaube und politischer Praxis“ stellte, ging Michael Feist zunächst auf die Grundbedeutung christlichen Glaubens ein. Auf das „C“ im Namen der Union eingehend, betonte M. Feist, daß sich die CDU als eine politische Kraft sehe, die bereit sei, sich an christlichen Werten zu orientieren, sich auf das „C“ in ihrem Namen ansprechen und ihre Politik an diesem „C“ auch messen zu lassen.

Als eine der wesentlichsten Aufgaben des Evangelischen Arbeitskreises bezeichnete der junge Poli-

tiker das Einbringen christlicher Werte und Überzeugungen in die politische Alltagsarbeit. Anhand treffender Beispiele zu den aktuellen Problemen Terrorismus, Familie, Schule und Jugend wie auch zum Umweltschutz und der ausufernden Bürokratie machte er die Aufgabenstellung des EAK deutlich.

Als geschäftsführender Vorsitzender des EAK-Landesverbandes gab er seiner Freude über die Entstehung eines neuen Arbeitskreises im Raum Pforzheim Ausdruck. Die unter seiner Leitung geheim durchgeführten Wahlen zur Bildung eines Kreisvorstandes für den neugegründeten Evangelischen Arbeitskreis der CDU Enzkreis/Pforzheim brachten folgende Ergebnisse: 1. Vorsitzender Pfarrer Kurt Meythaler (Pforzheim), 2. Vorsitzender Stadtrat Heinrich Leiser (Pforzheim), Schriftführer: Rita Bellon (Straubhardt-Holzachtal), Pressereferent Werner Engel (Remchingen-Wilferdingen), Beisitzer: Rudolf Mürrle (Pforzheim), Konrad Weiler (Heimsheim) und W. de Jong (Pforzheim).

Landtagsabgeordneter Hugo Leicht sprach dem neugewählten Kreisvorstand die Glückwünsche des CDU-Kreisverbandes aus.

## EAK-Bundestagung '79 vom 2.-4. März in Wuppertal

Bitte notieren Sie schon jetzt diesen Termin – weitere Einzelheiten in den nächsten Ausgaben der Evangelischen Verantwortung.

## Buchbesprechung

**Wolfgang Höpker (Hrsg.): Südafrika auf der Waage – Ein Subkontinent zwischen Evolution und Revolution, 192 Seiten, mit 8 Karten und Diagrammen, 19,80 DM, Verlag Wissenschaft und Politik, Köln.**

Südafrika ist zu einem Reizwort geworden, das leidenschaftliche Diskussionen und weltweit Proteste auslöst. Dabei geht der Blick für die Realität, für die realen Alternativen in einem Vielvölkerstaat mit vielrassischer Gesellschaft verloren, dem nicht situationsfremde, aus Ideologien erwachsene Modelle aufgestülpt werden können. Der Band sieht seine Aufgabe darin, gegen eine Welle der Emotionen, der Halb- und Viertelwahrheiten sachliche Infor-

mation zu setzen, die auf Fakten und nicht auf Ideologien beruht. Acht deutsche Autoren vermitteln ein realistisches Bild des Landes und seiner Zukunftsperspektiven.

Den Auftakt gibt der Hamburger Nationalökonom Heinz-Dietrich Ortlieb mit einem Aufriß über Südafrika in der Weltmeinung, ausgeweitet zu einer kulturkritischen Analyse über den Zeitgeist des Westens. Der Bonner Publizist Wolfgang Höpker macht in einer militärpolitischen Untersuchung unter weltstrategischem Aspekt deutlich, welchen Rang Südafrika als Wächter der Kaproute und Reservoir immenser Mineralien für die Sicherheit der auf Öl- und Rohstoffzufuhr elementar angewiesenen Industrienationen des Westens hat.

Die Sozialwissenschaftler Erich Leister und Arnt Spandau geben ein verlässliches Bild der sich rasch wandelnden ökonomischen Verhältnisse des

Landes. Die in ihrer Vielfalt und Zerrissenheit so verwirrende kirchliche Situation bündelt und ordnet in einem informativen Aufriß Pfarrer Heinz van Delft.

Unter der Fragestellung „Fremdkörper im Schwarzen Kontinent?“ stellt der Fernseh-Kommentator Klaus Stephan Südafrika in den gesamtafrikanischen Kontext.

Der Rassenkonflikt ist ein schwerwiegendes Problem, das zugunsten eines partnerschaftlichen Miteinander von Weiß, Schwarz, Braun gelöst werden muß. Aber dies ist nur ein Aspekt im weiten Panorama des Subkontinents im Süden Afrikas, auf den allein das Südafrika-Bild zu fixieren zu gefährlichen Kurz- und Trugschlüssen führt. Eben dafür wollen – mit Plädoyer für einen organischen Wandlungsprozeß – die Autoren des Bandes die Einsicht schärfen. –

## Evangelische Verantwortung

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU ● Herausgeber: Kultusminister Prof. Dr. Roman Herzog; Dr. Werner Dollinger, MdB; Prof. D. Dr. Wilhel Hahn, MdL; Kai-Uwe von Hassel, MdB; Friedrich Vogel, Mdt ● Redaktion: Dr. Peter Egen, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn Telefon (0 22 21) 54 43 06 ● Verlag: VVA-Druck, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf ● Abonnementspreis vierteljährlich 4 DM. Einzelpreis 1,50 DM ● Konto: EAK - Postscheck Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56 267 ● Druck: Oskar Leiner, Erkrather Straße 206, 4000 Düsseldorf ● Abdruck kostenlos gestattet - Belegexemplar erbeten.

## Aus den Tagungsprogrammen der Akademien

### Evangelische Akademie

#### Arnoldshain

6384 Schmitten 1 - Arnoldshain

1. bis 3. Dezember 1978

„Demokratie beginnt in der Gemeinde“

- Tagung für Jugendliche zur Vorbereitung von Kirchenvorstandswahlen

### Evangelische Akademie

#### 7325 Bad Boll

10. bis 12. November 1978

(in Kaisersbach)

Politik auf dem Rathaus

- Tagung für Gemeinderäte und kommunalpolitisch Interessierte

1. bis 3. Dezember 1978

Die Familie - Stiefkind oder Schoßkind der Politik

- Tagung für Politiker, Journalisten, Mitarbeiter in Kirchen und Verbänden und interessierte Familien

### Evangelische Akademie Hofgeismar

#### Schlößchen Schönburg,

Postfach 12 05, 3520 Hofgeismar

10. bis 12. November 1978

Die Predigt der Kirche als öffentliche Rede

8. bis 10. Dezember 1978

Schulderfahrung und Schuldbewältigung im Strafvollzug

### Evangelische Akademie Loccum

#### 3056 Rehburg-Loccum 2

6. bis 8. Dezember 1978

Die zweite Generation

- Ausländische Kinder und Jugendliche - Subproletariat von morgen?

8. bis 10. Dezember 1978

Die junge Generation auf dem Wege zur Selbstausbürgerung?

- Zur Lage der Jugend 1978

### Evangelische Akademie

#### Rheinland-Westfalen, Haus Ortlohn,

Berliner Platz 12, 5860 Iserlohn

13. bis 16. November 1978

Christen und Moslems in der Bundesrepublik

23. und 24. November 1978

Kirche und Energiepolitik

- Umwelttagung

### Evangelische Akademie Nordelbien

#### Marienstraße 31,

2360 Bad Segeberg

27. bis 30. November 1978

Realschulabschluß - und was dann?

11. bis 14. Dezember 1978

(Tagungsstätte Hamburg)

Bürger und Verwaltung

- In Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung

### Heimvolkshochschule Rastede /

#### Evangelische Akademie Oldenburg

Mühlenstraße 126,

2902 Rastede 1 - Hankhausen

1. bis 15. Dezember 1978

Allgemeinbildender Grundkurs für junge Erwachsene auf dem Lande

### Evangelische Akademie Tutzing

#### Schloß,

8132 Tutzing a. Starnberger See

28. November 1978

Arbeitsmarktpolitik zwischen sozialem Anspruch und Produktionszwang

- Tagung für Unternehmer und leitende Angestellte

2. Dezember 1978

(Tagungsort Hof)

Industrialisierung in der Dritten Welt - eine Gefahr für unsere Arbeitsplätze?

### Katholische Akademie

#### der Erzdiözese Freiburg

Wintererstraße 1,

7800 Freiburg i. Br.

11. und 12. November 1978

Dialogische Philosophie

- Prof. Dr. Bernhard Caspar, Augsburg; Prof. Dr. Bernhard Welte, Freiburg/Br.; Dr. Lorenz Wachinger, München

München

21. bis 23. November 1978

Warum Christen glauben

- Vorbereitende Tagung zur 13teiligen Fernsehserie von Südwest 3

### Hermann-Ehlers-Akademie

#### Gurlittstraße 3,

2300 Kiel-Projensdorf

24. bis 26. November 1978

Seminar zur Mitbestimmung

4. bis 9. Dezember 1978

Politisches Aufbauseminar

Verschiedene Themen: Grundgesetz, Rechtsordnung, Bürgerrechte

### Kommende, Sozialinstitut des

#### Erzbistums Paderborn (kath.)

Brackeler Hellweg 144,

4600 Dortmund 12

10. und 11. November 1978

Sind unsere Renten sicher?

9. und 10. Dezember 1978

Erfahrungen im Studium

Tagung für Studenten. Es werden Studienanfänger und Studenten der unteren Semester eingeladen. Es soll Gelegenheit zu einem Erfahrungsaustausch gegeben und Tips und Anregungen vermittelt werden

### Evangelische Akademie der Pfalz

#### Große Himmelgasse 6, 6720 Speyer

4. und 5. November 1978

(Ebernburg)

Übergänge - Kindergarten / Grundschule / anschl. Schulen